

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Feiertage sind vorüber und der Alltag hat uns wieder.

Nehmen Sie sich für unser Journal und die darin veröffentlichte Haushaltsrede etwas Zeit.

Sie erinnern sich an die Anträge der FWG vom 04.12.03 über Veröffentlichungen der Tagesordnungen der nichtöffentlichen Teile der Rats- und Ausschusssitzungen? Obwohl diese Veröffentlichungen in vielen Gemeinden und selbst in der Bundespolitik üblich und vom Gesetzgeber auch nicht untersagt sind, wurden unsere Anträge damals von der Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt.

Damit gaben wir uns nicht zufrieden und haben deshalb am 18.07.05 diese Anträge erneut gestellt. Durch überzeugende Argumentation ist es uns gelungen, dieses Mal eine Mehrheit für unsere Anträge im Gemeinderat zu bekommen. Wir sind erfreut, dass die Einwohner jetzt umfassend informiert werden. Selbstverständlich dürfen keine persönlichen Angelegenheiten veröffentlicht werden.

Und aufmerksame Leser des Amtsblattes haben sicher schon festgestellt, dass nun auch die Verbandsgemeinde und die Ortsgemeinden Dannstadt-Schauernheim und Hochdorf-Assenheim dazu übergegangen sind, die Tagesordnungspunkte ihrer nichtöffentlichen Sitzungen zu veröffentlichen.

⇒ **Fazit:**

Ein Erfolg der FWG-Gemeinderatsarbeit !

Verkehrszeichen am Ortseingang Gronau

Im Mai 2005 haben wir in unserem Journal informiert, dass unser Antrag auf Anbringung von Verkehrszeichen zur Vorfahrtregelung an der Fahrbahnverengung an der Ortseinfahrt von der Kreisverwaltung genehmigt ist.

Leider gab es bei den beteiligten Stellen und Ämtern einige Unstimmigkeiten und es erging nun die Anweisung, keine Verkehrszeichen aufzustellen, sondern die Randsteine mit weiß reflektierender Farbe zu markieren.

Wir bedauern diese Entscheidung und können nur hoffen, dass sich dort keine „Begegnungsunfälle“ ereignen werden.

Stand am Netto

Regen Zuspruch fand die FWG am 03.12.05 an ihrem Stand am Netto-Markt.

Mit guten Wünschen zu Weihnachten wurden kleine Präsente überreicht und wer Lust hatte, konnte sich mit Kaffee und Glühwein wärmen.

Besonders wichtig waren uns die Gespräche mit den Besuchern, denn wir erfuhren, wo Schuh drückt und haben für unsere Anliegen manche Anregung erhalten.

Haushaltsrede der FWG-Fraktion



Gudrun Hauck-Reiss
Fraktionsvorsitzende

Die Haushaltsrede 2006:

Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehen die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2006 – sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2005 bis 2009.

Wie in den Jahren zuvor, ist es ein komplexes Zahlenwerk, welches 279 Seiten umfasst. Deshalb ist es notwendig, dass **vorher** schon in den entsprechenden Ausschüssen darüber beraten und diskutiert wurde.

Die Einzelpläne wurden durchforstet und nach Einsparmöglichkeiten gesucht, meistens ohne signifikanten Erfolg, denn Herr Mattern und sein Team rechnen mit spitzer Feder. Dafür an dieser Stelle schon unser Dank für die geleistete Arbeit und die Hilfestellung.

Wie schon im Februar dieses Jahres sind wir wieder bei der alljährlichen Bestandsaufnahme über die Einnahmen und Ausgaben unserer Ortsgemeinde, die wir zum größten Teil nicht beeinflussen können.

So steigt die Kreisumlage um 60.000 Euro – während sich die Umlage an die Verbandsgemeinde um 20.000 Euro verringert.

Ebenso hinnehmen müssen wir „erwartete Wenigereinnahmen“ bei den Finanzausweisungen. Es sind 63.000 Euro aus dem Einkommensteueranteil, die der Gemeinde fehlen!

Jedes Ratsmitglied sollte bestrebt sein, das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, im Rahmen des für uns möglichen Handlungsspielraums!

Auf einige Schwerpunkte möchte die FWG-Fraktion nun aber besonders eingehen:

Im Neubaugebiet „Südlich der Kirche St. Leo“ wird der Bebauungsplan ergänzt bzw. fortgeschrieben, dafür sind 25.000 Euro eingestellt. Bei der letzten Abstimmung im Rat konnten wir der Änderung im B-Plan nicht zustimmen.

Die FWG sieht es als Nachteil, wenn Müllfahrzeuge und andere LKWs nur rückwärts in den kleinen Wendehammer einfahren können. Wir haben für eine andere Lösung plädiert, wie im Ausschuss **vorher** besprochen, die aber im Rat leider **keine** Mehrheit fand.

Für das Baugebiet „Am Schlosspfad“ müssen jetzt auch Planungs- und Erschließungskosten bereitgestellt werden.

Hier besitzt die Gemeinde eigene Einlagefläche, welche unseren Haushalt finanziell entlastet. Dieses Neubaugebiet wird wohl auch **zuerst** baureif sein, da es im Baugebiet bei „Südlich der Kirche St. Leo“ zu Verzögerungen kam, weil sich u.a. das Denkmalamt eingeschaltet hatte.

Für beide Neubaugebiete war es uns sehr wichtig, dass die Bauwilligen alternative Energien nutzen können, wie Solarenergie, Photovoltaik oder Wärmepumpen. Im Bebauungsplan müssen Firstrichtung, Dachneigung und Dachfläche entsprechend festgelegt werden, oder offen ausgewiesen werden.

Die planerischen Voraussetzungen dafür sind erfüllt – wir hoffen, dass unsere Neubaugebiete entsprechenden Zuspruch bekommen. Dies wird mit dem Wegfallen der Eigenheimspargulage zunehmend schwieriger werden.

Deshalb müssen wir eine „liebens- und lebenswerte Gemeinde“ bleiben !

Die Diskussionen um das geplante Gewerbegebiet gehen weiter, im Haushalt sind wieder 500.000 Euro für Grundstückserwerb eingestellt. 300.000 Euro sollen über Darlehen finanziert werden.

Schon im Februar haben wir zu der geplanten Einstellung von 500.000 Euro im Investitionsplan ein klares Votum abgegeben und NEIN gesagt.

Auch die Kreisverwaltung hat, als zuständige Behörde, bei der Vorlage unseres Haushaltes 2005, dieses Darlehen **nicht** bewilligt. Was bei einem Schuldenstand von über 2 Mio. Euro auch nicht weiter verwunderlich ist !

Unsere Einstellung zu diesem Thema hat sich auch durch den „runden Tisch“ nicht geändert. Dort sollten nochmals die rechtliche Durchsetzbarkeit, die finanzielle Machbarkeit und die grundsätzlichen Erfolgsaussichten besprochen werden.

Allerdings haben die anwesenden Herren, die das Vermessungs- und Katasteramt, die Planungsgemeinschaft Rheinpfalz und die Kreisverwaltung Ludwigshafen vertraten, ihre seit Jahren bekannten Aussagen lediglich wiederholt.

Dies liegt ja auch in der Natur der Sache, dass diese Herren „dafür“ plädieren !
Für uns alle also nichts Neues !

Nur für die ÖDP eröffneten sich nach dieser Veranstaltung ganz neue Erkenntnisse.

In ihrer Stellungnahme zum runden Tisch argumentieren sie zu Beginn eindeutig „für“ den Standort Gronau Ost.

Dann kommen aber offensichtlich Zweifel !

Denn am Ende raten sie dazu, Zitat: **“Langfristig bei Bedarf einen neuen Anlauf für ein gemeinsames Gewerbegebiet zu machen“**. Weil dies nach Meinung der ÖDP **„doch die bestmögliche Lösung gewesen wäre“**.

Zitatende. Also was jetzt ?

Aber diese Wankelmütigkeit bei der ÖDP ist ja für uns nichts Neues !

In der Podiumsdiskussion um den Wirtschaftsstandort, die einige Tage später im ZAS stattfand und bei der die gleichen Gremien anwesend waren, zusätzlich noch die LUWOG, der Maklerverband und die IHK vertreten waren, wurden von Seiten der Vermarktung auch andere Stimmen laut.

So sieht der Leiter der Standortpolitik Industrie- und Handelskammer Pfalz bezüglich des Gewerbegebietes in Rödersheim-Gronau geringe Vermarktungschancen, da der Standort im Vergleich **„weniger attraktiv“** und **viel** zu klein sei!

Nicht nur deshalb haben wir die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den Gemeinden Hochdorf-Assenheim und Dannstadt-Schauernheim vorgeschlagen – da dort zur Zeit neue Gewerbeflächen geplant werden, die **gute Chancen** auf Vermarktung haben.

Dies ist im Hinblick auf „Nachhaltigkeit“ ein zukunftsorientierter Schritt und bewusstes Handeln, weil dort einfach die **besseren** Voraussetzungen - in jeder Hinsicht - für Gewerbebetriebe vorhanden sind !

Aber für solche Kompromisse findet man in unserer Ratsmehrheit weder ein offenes Ohr, noch eine Mehrheit. Wir haben den Eindruck, hier wird stur nach dem Prinzip verfahren **„Augen zu und durch“**.

Wie sonst ist es zu erklären, dass die CDU in ihrer Stellungnahme zum „runden Tisch“ feststellt: „dass die Gemeinde nicht verpflichtet ist, Flächen käuflich zu erwerben“.

Weiter heißt es: „Dann müssen die Einlieger die **Erschließungskosten tragen** sowie die **Vermarktung** ihrer Grundstücke selbst übernehmen“. Zitatende.

So wird der schwarze Peter einfach an die Eigentümer weitergegeben.

Aber die Eigentümer möchten ihr Ackergelände unter **diesen** Umständen keinesfalls verkaufen und in eine ungewisse Zukunft ohne Aussicht auf Vermarktung rennen.

Ein Beispiel dafür haben wir in FT-Nord. Dort liegt fertige Gewerbefläche, mit **optimalen** Voraussetzungen und **idealen** Bedingungen für Gewerbetreibende, schon seit Jahren ohne Aussicht auf Vermarktung. Es liegt **nicht** am Preis, sondern einfach daran, dass niemand investieren will oder kann.

Zurück zum Ortsgeschehen.

Zu unseren Vereinen.

Die Zuschüsse zu den nötigen Um- und Erweiterungsmaßnahmen der örtlichen Vereine sind trotz leerer Kassen sinnvoll und notwendig. Hier gibt die Gemeinde im wahrsten Sinne des Wortes „alles“ was machbar ist.

Für die Neugestaltung des Alsheimer Platzes wurde nach vielen Gesprächen und Zusammenkünften mit den Verantwortlichen ein für alle Beteiligten akzeptabler Plan von unserem Bürgermeister entworfen.

Wir hoffen nun auf eine positive Entscheidung des Zuschussantrages und auf eine schnelle Umsetzung und Neugestaltung des Platzes !

Dass wir stolz sein können auf die Arbeit unserer **lokalen Agenda**, hat die Gruppe in der letzten Ratssitzung erneut unter Beweis gestellt. Die Durchführung des Modellprojektes „Nachhaltigkeitscheck und Projektblatt“ läuft sozusagen auf Hochtouren. Wir wissen, dass das eingestellte Geld hier maßvoll und wirtschaftlich in Anspruch genommen wird.

Auch in Zukunft gibt es immer wieder Projekte, die gemeinsam mit der Agenda 21 angegangen werden sollen und allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Ortsgemeinde zu Gute kommen.

Deshalb ist es auch von großer Bedeutung, wenn viele sich angesprochen fühlen und die Gruppe tatkräftig unterstützen!

Das gute Auskommen mit der Bevölkerung kann eine Gemeinde ganz enorm bereichern, deshalb ist es unserer Fraktion sehr wichtig, der Bevölkerung Mitgestaltungsmöglichkeiten anzubieten.

In der Haushaltsrede 2004 hatten wir schon den Antrag „Bürger für Bürger“ formuliert.

Dabei ging es um die Übernahme von Patenschaften für Baumpflege und Grünanlagen oder auch andere ehrenamtliche Tätigkeiten durch freiwillige Helfer.

Deshalb finden wir den Aufruf der Bürgermeister im Amtsblatt, sich für unsere „Wohlfühlgemeinden“ mit persönlichem Einsatz einzubringen und mit anzupacken, ganz wichtig. Hier muss ein „**Wir**-Gefühl“ wachsen.

Wir als FWG werden uns auf jeden Fall weiterhin um die Bildstöckel-Pflege kümmern und auch unserer alljährlichen Reinigung in Feld und Flur nachkommen. Vielleicht entwickelt sich auch noch etwas Neues.

Wir hoffen auf viele „Mitreiter“, die sich jetzt angesprochen fühlen. In einigen Nachbargemeinden wird das schon erfolgreich praktiziert.

Im Sommer dieses Jahres hat die CDU eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Ortsbürgermeister bei der Kommunalaufsicht eingereicht.

In dieser Sache hat der Bürgermeister eine Information zum Gewerbegebiet nicht an den Fraktionsvorsitzenden der CDU weitergeleitet, während alle anderen Fraktionsvorsitzenden und die Beigeordneten per E-Mail informiert wurden. Hier sah die CDU das Gleichbehandlungsgebot verletzt, weil sie gegenüber anderen Fraktionen ungleich behandelt wurden.

Diese Dienstaufsichtsbeschwerde wurde jetzt ausgerechnet von einem Mitglied der Partei bearbeitet, welche die Beschwerde eingereicht hat. Wegen „**Geringfügigkeit**“ wurde diese Sache nicht von der Kreisverwaltung bearbeitet.

Die CDU Fraktion lässt eben **keine** Gelegenheit aus, um den Ortsbürgermeister zu kompromittieren !

Für die FWG als Fraktion im Ortsgemeinderat ist es daher auch **nicht** zu akzeptieren, dass bei öffentlichen Sitzungen der 2. Beigeordnete der Verbandsgemeinde über Themen informiert, oder Informationen weitergibt, die dem Ortsbürgermeister vorbehalten wären, die er aber noch nicht von der Verwaltung erhalten hat. Wo bleibt hier die „**Gleichbehandlung**“?

Dies alles ist für ein gutes „Klima“ im Rat nicht vorteilhaft.

Und daran sollten wir doch **alle** interessiert sein, um **unsere** Ortsgemeinde voranzubringen!

Jetzt bleibt uns noch der Dank für die gute Zusammenarbeit bei allen Mitarbeitern der Verbandsgemeindeverwaltung.

Vergessen möchten wir keinesfalls Bürgermeister Beckstein und Ortsbürgermeister Arnold.

Die FWG Fraktion stimmt dem Haushalt 2006 zu.

Im Investitionsprogramm stimmen wir der geplanten Kreditaufnahme für das Gewerbegebiet **nicht** zu (bitte im Protokoll vermerken).

- Ende der Haushaltsrede -

Säuberungsaktion

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner,

auch in diesem Frühjahr wird die FWG wieder die Säuberungsaktion der Bachläufe und Feldwege rund um Rödersheim-Gronau durchführen.



Den Termin werden wir noch bekannt geben. Wir freuen uns, wenn sich viele Einwohner an unserer Aktion beteiligen.

FWG

Die FWG strebt eine konstruktive und sachorientierte Zusammenarbeit im Gemeinderat an - zum Wohl unserer Gemeinde !

**Haben Sie Fragen, Wünsche Anregungen ?
Einfach anrufen bei:**

Gudrun Hauck-Reiss	Tel. 2650
Christine Diehl	Tel. 403878
Ralf Schultz	Tel. 2018
Gerhard Weinacht	Tel. 3133